

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

5 (30.1.1947)

BADISCHE Volksstimme

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 5

Mannheim, 30. Januar 1947

Preis 10 Pfg.

London und Moskau: Die künftige Gestaltung Deutschlands

Das deutsche Volk erwartet mit größter Spannung den Verlauf der Besprechungen über den Friedensvertrag mit Deutschland, die von größter Bedeutung für die künftige Gestaltung Deutschlands sind. Etwa zwanzig Staaten, die von Hitler überfallen wurden, machen ihre Vorschläge und Empfehlungen für die Außenministerkonferenz in Moskau und melden ihre Ansprüche auf Wiedergutmachung der Schäden an.

Deutsche Vertreter?

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der Moskauer Besprechungen ist mehrfach die Frage der Hinzuziehung deutscher Vertreter angeschnitten worden. Es ist fraglich, ob deutsche Vertreter auf einer der kommenden Verhandlungen gehört werden. Es ist aber doch verständlich, daß auch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit seine Ansicht geltend machen will, denn es geht nicht nur um die Ueberwindung der gegenwärtigen Notlage, sondern auch um die Existenz unseres Volkes und seine staatliche Zukunft.

Wir sind mit allen fortschrittlichen Deutschen der Ansicht, daß im Falle einer Hinzuziehung deutscher Vertreter zu den Londoner Besprechungen oder zur Friedenskonferenz in Moskau die Vertreter aller deutschen demokratischen Parteien und Gewerkschaften gehört werden sollen, um ihre Bereitschaft zur Wiedergutmachung, zum Aufbau eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands und zur Mitarbeit an der Festigung eines demokratischen Friedens zum Ausdruck zu bringen.

Alle müssen die Verantwortung übernehmen!

Die besten Antifaschisten und Demokraten sind bereit, alles zu tun, um gestützt auf einen gerechten und demokratischen Frieden dem deutschen Volk wieder einen ehrenvollen Platz in der demokratischen Welt zu sichern. Es darf sich nicht wiederholen, daß solche Kräfte, die für die deutsche Katastrophe zumindest die größte Mitverantwortung und Mitschuld trugen, sich einer solchen Verantwortung entziehen, um die fortschrittlichen Kräfte, welche keine Anstrengung scheuen, um das deutsche Volk aus der Katastrophe herauszuführen, aus dem Hinterhalt zu bekämpfen, um die Rettung des Volkes zu torpedieren.

Demokratisierung — die wichtigste Voraussetzung!

Das deutsche Volk muß sich klar darüber sein, daß die Schäden, welche den andern Völkern durch den Hitlerkrieg zugefügt wurden, nach Möglichkeit wieder gutgemacht werden müssen. Die wahren Antifaschisten und Demokraten betonen die Notwendigkeit der Anerkennung der Reparationsverpflichtungen. Sie haben dem deutschen Volk begrifflich gemacht, daß die nazistische Kriegsindustrie, die ohnedies dem Volke nicht zum Segen gereichte, vernichtet werden muß, und daß das deutsche Volk in seinem eigenen Interesse alle Maßnahmen, welche die Gefahr einer neuerlichen Aggression seitens deutscher Imperialisten beseitigen, unterstützen muß. Sie haben immer wieder erklärt, daß die wichtigste Voraussetzung für die Beseitigung der Wurzeln des Faschismus und des Krieges die Demokratisierung der gesamten Verwaltung und Wirtschaft ist.

Reaktion sabotiert Einheit und Demokratisierung!

Es muß jedoch festgestellt werden, daß in verschiedenen Teilen Deutschlands eine solche Demokratisierung durch die Schaffung gewisser Tatsachen äußerst erschwert wird. Autonome Einzelstaaten in West- und Süddeutschland wurden zu Schlupfwinkeln der Reaktion, welche mit allen Mitteln die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands sabotiert und die Demokratisierung verhindert.

Volksfeinde und Vaterlandsverräter!

Auch die anglo-amerikanische Zweizoneneinheit hindert die Herstellung der wirklichen Einheit Deutschlands und isoliert große deutsche Gebiete vom übrigen Deutschland. Die Politik der Zersplitterung Deutschlands begünstigt die Umtriebe der deutschen Reaktionäre und benachteiligt die demokratischen Kräfte. Die Politik der Zersplitterung Deutschlands findet die begeisterte Zustimmung der deutschen Reaktionäre. Separatistische Elemente wollen Teile Deutschlands, wie das Saargebiet, das Ruhrgebiet, die Pfalz von Deutschland losreißen. Ähnlich dem Plan des französischen Außenministeriums, Deutschland föderativ in einzelne Staaten aufzuspalten, um sie in ferner Zukunft, nach Beendigung der Besetzung Deutschlands unter einer deutschen Bundesregierung und einer aus Vertretern der einzelnen deutschen Staaten zusammengesetzten Nationalversammlung zu einem losen Bund zu vereinigen, sprechen auch volksfeindliche und vaterlandsverräterische Kreise in Deutschland einer föderalistischen Aufspaltung Deutschlands das Wort. Die Herren von Stahl und Kohle, die Schlotbarone und Krautjunker, welche gestern noch den nazistischen Einheitsstaat verherrlichten, sind heute für die föderalistische oder „föderative“ Zerschlagung Deutschlands oder treten gar als offene Vaterlandsverräter und Separatisten auf.

Das schaffende Volk kämpft für die Einheit Deutschlands!

Die deutsche Arbeiterklasse, das werktätige Volk tritt für die volle wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands ein. Der erste Schritt hierzu ist die Schaffung deutscher Zentralverwaltungen als der Vorstufe einer aus Vertretern aller deutschen Parteien bestehenden und vom gesamten deutschen Volk zu wählenden Zentralregierung und weiterhin die Aufstellung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes für ganz Deutschland.

Die fortschrittlichen Kräfte der Welt reichen den demokratischen Kräften in Deutschland die Hand!

Eine Garantie für die tatsächliche und gründliche Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands ist nur gegeben, wenn die demokratischen Kräfte Deutschlands ohne alle Vorbehalte die größtmögliche Unterstützung erfahren. Wir sind der Ansicht, daß diese gründliche Demokratisierung und Entmilitarisierung, gestützt auf die antifaschistischen und demokratischen Kräfte Deutschlands, falls sie von den demokratischen und fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt unterstützt werden, die wichtigsten Voraussetzungen für einen gerechten und demokratischen Frieden mit Deutschland bilden.



In der Einheit liegt die Stärke der Arbeiterschaft!

Franz Mehring

Ein Lehrer des deutschen Volkes

Am 29. Januar 1919 starb Franz Mehring, der große Geschichtsschreiber der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes, der Lehrer des historischen Materialismus für eine ganze Generation junger Sozialisten. Sein Lebenswerk ist für uns gerade heute, da das deutsche Volk beginnt, sich aus dem tiefsten Grab seiner Geschichte wieder zu erheben, und am Neubau einer freiheitlichen Demokratie wirkt, von besonderer Bedeutung für die Arbeiterbewegung und das ganze deutsche Volk.

Nach Herkunft und Erziehung war Franz Mehring keineswegs zum marxistischen Sozialisten vorausbestimmt. Am 27. Februar 1846 in Schlawe in Hinterpommern als Sohn eines ehemaligen preußischen Offiziers und einer Mutter aus altem Adel geboren, wurde er ganz im Geiste „preußischer Vaterlandsliebe“ und jener geschichtsfähigen Erziehung, deren erbittertester Gegner er später wurde. Auf der Universität Jena weitete sich sein Geist, der, wie er selber sagt, „allzu lange von der lauten Milch preußischer Vaterlandsliebe“ genährt war und in der Zusammenarbeit mit den letzten bürgerlichen Demokraten von 1848 entwickelte er sich zum erbitterten Feind des preußischen Junkertums. Seine lebhafteste Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten seiner Zeit kam in seinem Entschluß, Journalist zu werden, zum Ausdruck. Tapfer verfocht er mit dem Fährlein der Aufrechten, mit den letzten Kernfesten des deutschen Bürgertums, die Forderungen der bürgerlichen Revolution, und der mannhafte Protest gegen den deutsch-französischen Krieg, den er zu Beginn seiner politischen Laufbahn mit wenigen anderen Männern erhob, war von den Grundsätzen bürgerlicher Demokratie und humanitärer Gesinnung diktiert.

Gleich vielen der Besten aus dem Lager der bürgerlichen Demokratie gewann er immer mehr Achtung vor der deutschen Arbeiterbewegung, welche als Erbin der demokratischen Grundsätze mehr und mehr in den Vordergrund des politischen Lebens trat. Noch als bürgerlicher Demokrat tritt er für die unter dem Sozialistengesetz gefesselte und mundtot gemachte Sozialdemokratie ein, ohne dabei seiner bürgerlichen Existenz zu achten. Die in Gotha geeinte Partei der deutschen Arbeiterklasse wurde zum Magnet für den suchenden bürgerlichen Intellektuellen. Er erkannte, daß die Forderungen der bürgerlichen Revolution nur noch von der Führung der Arbeiterklasse und durch ihren Kampf verwirklicht werden konnten. Mühsam ringend, suchend und irrend fand er den Weg zur deutschen Arbeiterklasse und zum wissenschaftlichen Sozialismus. Er wird zum glühenden Anhänger der großen Sache des Sozialismus, der er über ein Menschenalter hinaus bis ans Lebensende die Treue hält.

Der Historiker Mehring wird insbesondere von der weltanschaulichen Grundlage des Marxismus, dem dialektischen Materialismus gefesselt, den er gegen alle Versuche der Verkuppelung mit idealistischen Philosophen, mit Kant, Mach oder anderen unerbittlich verteidigt. Nach dem großen Vorbild Friedrich Engels und bis zu dessen Tode von ihm beraten tritt Franz Mehring das Erbe der Begründer des historischen Materialismus an und beginnt in Hunderten von Aufsätzen zur Politik und Geschichte die Götzen der preußischen Geschichte zu entthronen und die reaktionären Geschichtlegenden zu zerstören. Als erster gibt er eine marxistische Gesamtdarstellung der Entstehung und Entwicklung des preußisch-deutschen Staates. Von seiner „Lessing-Legende“ sagte Friedrich Engels: „Es ist bei weitem die beste Darstellung der Genesis (Entstehung) des preußischen Staates, die existiert, ja, ich kann wohl sagen, die einzig gute, die in den meisten Dingen bis in die Einzelheiten hinein richtig die Zusammenhänge entwickelt.“

Der Hitlerfaschismus nutzte das reaktionäre Erbe der preußisch-deutschen Geschichtslgende für seine dunklen Zwecke aus. Wie in Vorahnung der Hitlerherrschaft schreibt Franz Mehring: „... ein entsetzlicher und schauerlicher Anblick ist es, wenn ein großes Volk zu Ehren eines „großen Mannes“ sich selbst entmannt, wenn kein Ideal in seinem Herzen mehr so viel gilt wie ein eiserner Fuß in seinem Nacken; wenn es in die Knechtschaft stürzt wie die Motte in die Flammen.“

Wie treffend unterstreicht Franz Mehring die auch heute bedeutsame Feststellung von Karl Marx, daß in Deutschland der Anstoß zum gesellschaftlichen Fortschritt immer von außen gekommen ist: „Politisch hat es die deutsche Bourgeoisie nie verwunden, daß sie sich nicht selbst emanzipiert hat, sondern durch ausländische Hilfe emanzipiert worden ist. Deshalb ist der deutsche Bürgersmann auch

Badische Landesbibliothek

nie ein Freier geworden, sondern immer nur ein Freigelassener, dem die zerbrochene Kette bei jedem Schritte mit verräterischem Klirren nachschleift."

Mit Hilfe des historischen Materialismus, der Anwendung des dialektischen Materialismus auf die menschliche Geschichte schuf Mehring mit großer Meisterschaft unvergängliche Werke über die Geschichte Preußens und Deutschlands, und lehrte zwei Generationen politisch fortgeschrittener Arbeiter die wirkliche Geschichte kennen und historisch-materialistisch betrachten.

An dem Beispiel der Vorgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zeigte Mehring in seiner vierbändigen „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, daß es keinen neutralen Standpunkt „über den Klassen“ gibt und daß sich Geschichte nur aus den Klassenkämpfen gestalten läßt. Er erklärte, wie das klägliche Ergebnis der bürgerlichen Revolution von 1848 und das Versagen des deutschen Bürgertums der deutschen Arbeiterklasse die unabdingbare Aufgabe stellt, die bürgerliche Revolution erst zu vollenden, ehe sie ihre weitergesteckten sozialistischen Ziele verwirklichen kann, eine Aufgabe, die bis in unsere Zeit hineinreicht.

In zahlreichen Beiträgen zur Literaturgeschichte widerlegt er die reaktionäre These von der „unpolitischen“ und „neutralen“ Literatur und zeigt, daß diese selbstverständlich nur nach sozialen und geschichtlichen Zusammenhängen gewertet werden kann. Seine treue Freundin und Kampfgefährtin Rosa Luxemburg würdigt diese Seite seines Schaffens in einem Brief anlässlich seines 70. Geburtstages: „Sie sind der Vertreter der echten geistigen Kultur in all ihrem Glanz und Schimmer. Wenn nach Marx und Engels das deutsche Proletariat der historische Erbe der klassischen deutschen Philosophie ist, so sind Sie der Vollstrecker dieses Vermächtnisses gewesen. Durch Ihre Bücher wie durch ihre Artikel haben Sie das deutsche Proletariat nicht bloß mit der klassischen deutschen Philosophie, sondern auch mit der klassischen Dichtung, nicht nur mit Kant und Hegel, sondern mit Lessing, Schiller und Goethe durch unzerreißbare Bande verknüpft. Sie lehrten unsere Arbeiter durch jede Zeile aus ihrer wunderbaren Feder, daß der Sozialismus nicht eine Messer- und Gabelfrage, sondern eine Kulturbewegung, eine große und stolze Weltanschauung sei.“

Wenn Mehring auch nur höchst selten rednerisch hervortrat, — das Reden in Versammlungen „lag ihm nicht“, — so war er doch nicht nur Geschichtsschreiber und „ein Lehrer des deutschen Volkes“, wie Karl Liebknecht von ihm sagt, sondern auch ein mutvoller politischer Kämpfer, der am tagespolitischen Geschehen seinerzeit lebendigen Anteil nahm. Immer auf dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie stehend, kämpfte er bei Ausbruch des Weltkrieges 1914 unerschrocken mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen den imperialistischen Krieg und wird deshalb mit siebzehn Jahren 1916 in Schutzhaft genommen. Krank und schon vom Tode gekennzeichnet, verläßt der greise Kämpfer das Gefängnis. Er begrüßt die sozialistische Oktoberrevolution in Rußland und nimmt hoffnungsvollen Anteil an der Novemberrevolution in Deutschland. Franz Mehring wird Mitbegründer des Spartakusbundes und der kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Nachricht vom Tode seiner besten Freunde, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die von der Reaktion ermordet wurden, ist zu viel für die Nerven und den greisen Körper des durch die Gefängnishaft Geschwächten. Franz Mehring starb am Tode seiner Freunde Karl und Rosa. Er konnte nicht verhindern, daß die größte und kühnste revolutionäre Energie Deutschlands und der feinste Frauenkopf mit dem genialsten Hirn der Internationale, zwei der herrlichsten Menschen brutaler Mordgriff zum Opfer fallen mußten, und so folgte er ihnen am 29. Januar 1919 ins Grab.

Ein großer Lehrmeister der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes war dahingegangen; eine Leuchte des wissenschaftlichen Sozialismus und der deutschen Wissenschaft, ein leidenschaftlicher Kämpfer gegen jede Unterdrückung, ein unerschrockener Streiter für eine wahre Demokratie und für wirkliche Menschheitskultur, ein Vorbild für die Arbeiterklasse und das deutsche Volk.

Aus aller Welt

Madrid. In der Umgebung des Zentralbüros der faschistischen „Falange“ in Madrid sind Flugblätter verteilt worden, in denen Gibraltar, die Falklandinseln, Puerto-Rico und Panama als „unerlöste spanische Länder“ bezeichnet werden.

London. Deutsche Wissenschaftler, die vom britischen Geheimdienst ausgesucht wurden, um geheime Forschungsarbeiten durchzuführen, werden in London erwartet. Sie sollen unter militärischer Bewachung untergebracht werden.

Moskau. Der von den deutschen Truppen im Jahre 1941 zerstörte große Dnjestr-Staudamm ist jetzt wieder hergestellt und wird in Kürze die Elektrizitätserzeugung aufnehmen.

Rom. Der Einheitsausschuß der Kommunisten und sozialistischen Parteien Italiens bestätigte, daß das Einheitsabkommen trotz der durch die Gruppen um Saragat und Silone verursachten Spaltung der Sozialistischen Partei in Kraft bleiben wird.

Prag. Die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei hat kürzlich in einer Erklärung gesagt, daß die Sozialdemokratische Partei Dr.

Die Völker wollen keinen Krieg

Während seines Besuches in der Sowjetunion suchte der Sohn des verstorbenen Präsidenten der USA, Elliot Roosevelt, den sowjetischen Stabschef Stalin auf, der ihm ein Interview gewährte. Die Unterredung wurde jetzt von Roosevelt veröffentlicht.

Roosevelt fragt, ob eine friedliche Zusammenarbeit zwischen einer Demokratie, wie die Vereinigten Staaten und einer kommunistischen Form der Staatsverwaltung, wie die Sowjetunion möglich ist.

Antwort: Ja, selbstverständlich. Dies ist nicht nur möglich, es ist klug und liegt völlig innerhalb des Erreichbaren. Die Unterschiede in der Regierungsform haben unsere beiden Nationen nicht daran gehindert, in den anstrengendsten Zeiten des Krieges sich zusammenzutun, um unsere Feinde zu besiegen. Um so mehr ist es möglich, diese Beziehungen in der Zeit des Friedens aufrecht zu erhalten.

Auf die Frage: Glauben Sie, daß der Erfolg der Vereinten Nationen von einem Abkommen zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten über grundsätzliche Fragen der Politik und über ihre Ziele abhängt?, antwortet Stalin:

Ja, so glaube ich. In vielerlei Hinsicht hängt das Schicksal der Vereinten Nationen als eine Organisation von der Erlangung einer Harmonie zwischen diesen drei Mächten ab.

Ein Wirtschaftsabkommen auf weiter Grundlage hält Stalin für einen wichtigen Schritt zur Schaffung des Weltfriedens.

Mit der Bildung einer internationalen Streitmacht durch den Welt Sicherheitsrat, um überall dort einzuschreiten wo der Frieden bedroht wird, ist Stalin einverstanden. Auch mit einer Kontrolle der Atomenergie nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung hält Stalin für richtig und erklärt, daß auch gegenüber Sowjetrußland hier keine Ausnahme gemacht werden soll.

Aufwärts in der Ostzone

Marschall Sokolowsky hat den Vertretern der S.E.D. wichtige Erklärungen über die Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland abgegeben. Diese Erklärung besagt folgendes:

Einstellung der Demontagen

Die Demontagen von Industriebetrieben in der Ostzone werden eingestellt mit Ausnahme der Einrichtungen von sieben Kohlengruben, welche für den Ausbau zerstörter Bergwerksanlagen in der Sowjetunion unbedingt notwendig sind.

200 Betriebe bleiben in Deutschland

Dieselben waren für die Demontage vorgesehen, bleiben jedoch in Deutschland. 74 davon werden Eigentum der deutschen Landesregierungen.

Mehr Bedarfsartikel und Lebensmittel für die Bevölkerung

Warenleistungen auf Reparationskonto werden erheblich herabgesetzt. Schuhe, Kleider und Rohstoffe für diese Artikel bleiben außerhalb dieser Reparationsleistungen. Zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bleibt die Kallerzeugung ganz zur deutschen Verfügung. Der Ueberbeschuß der Kallproduktion wird verwendet zur Einfuhr wichtiger Düngemittel. Handwerker und Gewerbetreibende werden mehr Werkzeuge und Rohstoffe bekommen. Die Lebensmittelzuteilung der Bevölkerung wird erhöht.

Zerschlagt die Konzerne u. Monopole! Entnazifiziert die Betriebsleitungen!

Schuhmachers keine ausreichende Garantie für die Demokratie bildet. Das Blatt der tschechischen Sozialisten „Pravo-Lidu“ schreibt zu diesem Thema: Als Sozialisten wollen wir glücklich sein, daß es in Deutschland eine mächtige Sozialistische Partei gibt, eine wahrhaft sozialistische und wahrhaft demokratische Partei sein. Was in den Erklärungen Schuhmachers gefährlich ist, das ist der anti-russische Grundton, das ist die Zustimmung zur Politik der Blockbildung, die die Errichtung eines dauerhaften Friedens bedroht. Jeder, der sich in anti-bolschewistische Verbindung hineinzieht, wird früher oder später zum Werkzeug der Reaktion. Nur eine völlig unabhängige Politik kann den Interessen der Sozialdemokratie und dem Sozialismus gerecht werden.

Deutschland RUNDSCHAU

Leipzig: Beim Wiederaufbau des Hauptpostgebäudes in Leipzig sind über 300 Männer und Frauen beschäftigt, die als nominelle Pgs. aus dem Postdienst entlassen worden sind, sich aber freiwillig als Bauhilfsarbeiter zur Verfügung gestellt

haben. Das neue Hauptpostgebäude soll 1949 wieder fertiggestellt sein. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen sich die nominellen Pgs. durch ihre Arbeit rehabilitiert haben.

Frankfurt. Die Frankfurter Kriminalpolizei hat bei der Ueberprüfung des Materiallagers der Schuhfabrik Schneider Warenbestände festgestellt, die zur Herstellung von 50- bis 60 000 Paar Schuhen ausreichen und dem Landeswirtschaftsamt nicht gemeldet waren.

Essen. Im Jahre 1946 hat die deutsche Rohstahlerzeugung in der englischen Zone mit 2,32 Millionen Tonnen nur 46 Prozent der im Industrieplan vorgesehenen 5,3 Millionen Tonnen Jahreshöchstleistung erreicht. Die Roheisenproduktion betrug 1,87 und die Walzwerkfertigung 1,81 Millionen Tonnen. Im Dezember ist die Eisen- und Stahlerzeugung weiter zurückgegangen.

Die Enteignung sämtlicher Bergbaubetriebe ohne Entschädigung fordert ein Antrag der kommunistischen Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die Enteignung soll durch einen Ausschuß von Gewerkschaften und Landtagsabgeordneten durchgeführt werden.

Die Produktion in der Sowjetzone für die Artikel des täglichen Bedarfs soll 200-300 Prozent der jetzigen Produktion erreichen.

Neuer Kurs gegenüber Deutschland?
Ein Teil der amerikanisch lizenzierten Presse spricht von einem „Neuen Kurs“ der Sowjetunion gegenüber Deutschland. Von einem solchen neuen Kurs oder einer angeblichen Kursänderung kann unseres Erachtens keine Rede sein. Stalin und Molotow haben schon wiederholt erklärt, daß die Sowjetunion nicht darauf denkt, Deutschland als Staat zu vernichten oder in einen Agrarstaat zu verwandeln. Im Gegenteil, auf der Pariser Außenministerkonferenz ist Molotow dafür eingetreten, daß man Deutschland gestatten soll, seine Industrieproduktion über das vom Kontrollrat vorgesehene Niveau hinaus zu erhöhen. Die sowjetische Militärverwaltung hat auch alles getan, um den deutschen Stellen beim Aufbau der Wirtschaft in der Ostzone weitgehende Hilfe zu leisten. Ist es nicht kennzeichnend, daß dort die Industriekapazität zu 70 Prozent ausgenutzt wird, während dies in den Westzonen nur zu 30 Prozent der Fall ist. Die wirtschaftlichen Erfolge im Osten sind nicht zuletzt auch auf die Aktivität der demokratischen Kräfte und besonders die der Sozialistischen Einheitspartei zurückzuführen. Diese Kräfte haben bei ihrer politischen Aufbauarbeit die weitgehendste Unterstützung der sowjetischen Militärverwaltung. Dadurch wurde auch aus der Ostzone eine wichtige Stütze für den demokratischen Aufbau in ganz Deutschland.

„Jugenderzieher“ der Demokratie!

Am OEG-Bahnhof stehen etwa 15 halbuniformierte Jungen im Alter von 12 bis 14 Jahren mit Tornister oder Rucksack, um auf Fahrt zu gehen. Den linken Aermel zierte ein blutroter Wolf mit aufgesperrtem Rachen. Wir sind Pfadfinder, erklären die Jungen den neugierig Fragenden; wir warten noch auf unseren Führer.

Indessen sehen wir den Führer und Betreuer dieser jungen Schar auf der Holzbrücke. Die Straßenpassanten blicken erstaunt dieser seltsamen Erscheinung nach. Und fürwahr: Man glaubt sich zurückversetzt in die Zeit des zwölfjährigen Reiches, einer Zeit, wo der junge Mensch gemessen wurde nicht nach Begabung und Leistung, sondern nach der schneidigen Haltung, nach dem exakten militärischen Schritt.

Soldatisch der Gang, ein wenig ins Lächerliche übertrieben, so marschieren der Pfadfinderführer in der Mitte der Straße. Der Tornister feldmarschmäßig gepackt, die Lanze eingelegt, den Sturmriemen ums vorgeschobene Kinn gelegt, von der Fußsohle bis zum Scheitel den ehemaligen Offizier verrätend. Die Passanten stehen und staunen ob dieses Schauspiels. Zwei Frauen lachen, vielleicht denken sie an den Ritter von der traurigen Gestalt des spanischen Dichters Cervantes.

Die Gestalt reizt zum Lachen, aber dennoch ist die Sache ernst. Für diese Menschen bedeutet Jugendbewegung nichts anderes als die Möglichkeit der praktischen Anwendung ihrer auf der Offizierschule erworbenen militärischen Kenntnisse, die Möglichkeit des Uniformtragens, des Kommandierens.

Ein alter Mann schüttelte den Kopf. „Ist das ein amerikanischer Soldat?“, fragt er den jungen Amputierten an seiner Seite. „Nein, Vater, das ist ein deutscher Jugendführer.“ Der Alte und sein beinamputierter Sohn gehen weiter. Ja, ja, höre ich den Alten murmeln: „So fängt es immer an, mit kindischem Ehrgeiz und Spielerei, später wird es dann ernst; so ist es immer schon gewesen!“

Die Entstehung von Jugendorganisationen ist zu begrüßen und zu fördern, wenn diese Organisationen bewußt demokratischen und antimilitaristischen Charakter haben. Jugendbünde aber, deren Führer ihre Aufgabe darin sehen, militärische Traditionen in verkappter Form weiterzuführen, sind eine Gefahr für die demokratische und friedliche Entwicklung Deutschlands.

Die politische Erziehung für Demokratie und Fortschritt ist eine wichtige Aufgabe; von ihrer Lösung hängt mit das künftige Schicksal unseres Landes ab. Nur die Zulassung bewußt demokratischer und antifaschistischer Jugendorganisationen gibt die Gewähr für diese Erziehung der deutschen Jugend.

„Scharfe Sprache“ gegenüber den Gegnern der Einheit

forderte ausdrücklich einer der Diskussionsredner auf der Groß-Berliner Funktionärskonferenz der SED. Hans Jendretzky antwortete ihm: „Nicht auf die Schärfe der Sprache kommt es an, sondern darauf, daß wir in der Praxis, ohne uns durch schmutzige Verleumdungen beirren zu lassen, mit denen zusammenarbeiten, die zu uns gehören, mit allen Schaffenden!“

Hans Litke, Vorsitzender der Berliner SED sagte: „Trotz aller Anfeindungen und persönlichen Auseinandersetzungen ist eines gewiß: Die Einheit ist ein Prozeß, und sie wird weitergehen!“

„Wenn es gelingt, die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu schaffen“, sagte auf derselben Konferenz Hermann Matern. „wenn es gelingt, die Einheit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Deutschland voranzubringen, wenn es gelingt, die Kräfte der Reaktion durch die Einheit der Arbeiterbewegung zu schlagen und von ihren Kommandohöhen im Westen und Süden Deutschlands zu verdrängen, wenn Bodenreform und Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher, Nazis und Monopolherren in ganz Deutschland durchgeführt werden, wenn wir wissen, was uns gehört, dann können wir sagen, daß die Grundlagen und Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus geschaffen sind, der als praktische und konkrete Aufgabe dann vor uns steht.“

Hochschulen für Gesellschaftswissenschaften

An der Leipziger, Jenaer und Rostocker Universität werden Fakultäten für Gesellschaftswissenschaften gegründet, welche qualifizierte Kräfte für staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftlich-demokratische Anstalten und Organisationen ausbilden.

Die Studenten müssen außer der mittleren Schulbildung ein Jahr Praxis in staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich-demokratischen Anstalten und Organisationen nachweisen. Das Studium selbst ist kostenlos und darüber hinaus erhalten die Studenten noch Stipendien von monatlich 250,— RM im ersten und 300,— RM im zweiten Studienjahr.

Die Be-Vau!

(Badische Volksstimme)

Sie reicht nicht hin, sie reicht nicht her,
sie langt nicht kreuz, sie langt nicht quer,
wenn hundert satt nach Hause gehn,
zweihundert hungrig abseits stehn.

Man reißt sie uns in Stadt und Land
gar wild und gierig aus der Hand
und man verschlingt sie früh und spät,
wo man gerade geht und steht.

Ein frischer Wind geht von ihr aus,
der jagt den Staub aus jedem Haus
und hält mit jedem Bösewicht
gerecht und schonungslos Gericht.

Und rauschen auch im Blätterwald
viel Blätter jung, viel Blätter alt,
wir schwören alle, Mann und Frau,
auf unser Blatt, auf die Be-Vau!

Gegen Kürzung der Schwerarbeiterzulagen

Die Belegschaft der Papierfabrik Weißenstein A.G. in Pforzheim-Weißenstein und das Ortskartell des Industrieverbandes Druck und Papier haben in einer Resolution schärfsten Protest gegen die Kürzung der Schwerarbeiterzulage bzw. Teilschwerarbeiterzulage erhoben. In der Resolution heißt es: „Wenn die heutige Ernährungslage Kürzungen in der Lebensmittelzuteilung erforderlich macht, so darf dies keineswegs zu Lasten der schaffenden Menschen geschehen, sondern es müssen endlich Mittel und Wege gefunden werden, Schieber und Faulenzer vom Lebensmittelbezug auszuschließen, oder auf ein Maß zu setzen, das den Unterschied zwischen Arbeit und Nichtstun kenntlich macht.“

Die Normalsätze der Lebensmittelzuteilungen sind derart gering, daß damit auf die Dauer nicht einmal leichtere Arbeit, viel weniger, wie dies in unserem Betriebe der Fall ist, schwerste körperliche Arbeit in Tag- und Nachtschichten verrichtet werden kann.

Wir bitten weiter dafür zu sorgen, daß in den Kreis der Zulageempfänger Lang- und Nachtschichtarbeiter wieder aufgenommen und entsprechend eingereiht werden.

Viebig soll jetzt Ulm beglücken

Eine interessante Nachricht kommt jetzt aus Ulm. Dort wurde auf Beschluß des Gemeinderates die Stelle eines Polizeidirektors zur Neubesetzung ausgeschrieben. Bei der Beratung über die Bewerber brachte der Oberbürgermeister von Ulm, man höre und staune, Herrn Viebig in Vorschlag. Derselbe habe sich zwar nicht um die Stelle beworben, aber ein einflußreicher Herr in der Mannheimer Stadtverwaltung habe Viebig empfohlen. Derselbe sei ein guter Polizeibeamter, nur die Kommunisten würden so gegen ihn hetzen. Aus diesem Grunde würde man den Herrn Viebig gerne an Ulm abgeben.

Viebig hat sich in Mannheim unmöglich gemacht wegen seines militaristischen Auftretens. Die Kommunisten haben, ausgehend von der Notwendigkeit, Deutschland von Nazismus und Militarismus zu säubern, gegen Viebig Stellung genommen. Aber in der Mannheimer Stadtverwaltung gibt es anscheinend Kräfte, die diese selbstverständliche Forderung Säuberung von Militarismus in jeder Weise sabotieren und nachdem Viebig hier unmöglich geworden ist, wollen sie ihm Gelegenheit geben, an anderer Stelle in Deutschland sich auszutoben. Ulm liegt im schönen Schwabenland, nahe der bayerischen Grenze. Gewisse Herren scheinen der Meinung zu sein, daß dort der Boden für nazistische und militaristische Betätigung günstiger ist wie hier in Mannheim. Aber es kann schon jetzt gesagt werden, daß auch dort die Kommunisten auf dem Damm sind.

Sieg der demokratischen Kräfte in Polen

Nach einer halbamtlichen Meldung haben sich in Polen 89,9 Prozent aller Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Die im Regierungsblock vereinigten demokratischen Parteien haben 9 003 632 Stimmen und 392 Sitze erhalten. Die Partei Mikolajczyks nur 1 154 847 Stimmen und 28 Sitze, die übrigen Parteien 1 090 000 und 24 Sitze.

Zu den im Regierungsblock vereinigten Parteien gehören auch die Kommunistische und Sozialistische Partei Polens. Der Wahl ging eine große Hetze der reaktionären Elemente gegen die demokratischen Parteien in Polen voraus. Die reaktionäre Untergrundbewegung scheute nicht vor Morden an demokratischen Funktionären zurück. Mikolajczyk versuchte die Weltöffentlichkeit gegen das demokratische Polen scharf zu machen und behauptete, daß die Mehrheit hinter seiner Partei stünde.

Die Wahl hat gezeigt, daß die jetzige polnische Regierung das Vertrauen der Mehrheit des polnischen Volkes hat.

Gedenktage der Woche

- 29. 1.: 1919 Franz Mehring in Berlin-Grünwald gest.
- 1866 Romain Rolland, französischer Schriftsteller, geb.
- 30. 1.: 1939 Parteikonferenz der illegalen KPD in Bern (Bis einschl. 1. 2.)
- 1933 Hindenburg übergibt Hitler im Auftrage der Monopolkapitalisten und Junker die Regierung.
- 31. 1.: 1923 John Galswort, engl. Schriftsteller, gest.
- 1918 Berliner Betriebe unter Militärgesetz. Unterdrückung des Streiks.
- 1911 Paul Singer gest.
- 1. 2.: 1933 Der letzte aus freien Wahlen hervorgegangene Reichstag durch Hitler aufgelöst.
- 1918 Matrosenaufstand auf der österreichischen Kriegsflotte in Cattaro.
- 2. 2.: 1943 Ende der deutschen Armeen bei Stalingrad, 240 000 Tote, 91 000 in Kriegsgefangenschaft. Entscheidende Wendung im 2. Weltkrieg.
- 1934 J. Scheer, E. Steinfurth, E. Schönhaar und R. Schwarz, führende Kommunisten, nach schweren Folterungen bei Nowawes ermordet.
- 3. 2.: 1924 Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson gest.
- 4. 2.: 1945 Krimkonferenz der drei Staatsmänner Stalin, Roosevelt und Churchill eröffnet.
- 1871 Fritz Ebert geb.
- 5. 2.: 1945 Theo Neubauer ermordet.

Die Reichstagung der SPD in München

Ueber die Tagung, die am 11. Januar stattfand, sind nur spärliche Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangt.

Dr. Schumacher entwickelte seine bekannte These, daß die Alliierten die totale Verantwortung in Deutschland zu übernehmen hätten. Statt festzustellen, daß in den deutschen Behörden und Regierungsstellen noch zahllose reaktionäre und nazistische Elemente sitzen, die offen oder versteckt die Ernährung des Volkes und den demokratischen Aufbau sabotieren, wird angesichts der Ernährungs- und Kältekatastrophe auf die Verantwortung der Militärregierung hingewiesen.

Der Sozialismus sei heute schon aktuell. Das wird erklärt, obwohl hier im Westen Deutschlands noch nicht einmal die Bodenreform oder die Entnazifizierung durchgeführt ist. Die Entschliebung erklärt, daß angesichts der bevorstehenden internationalen Konferenzen die Sozialdemokratie davon absehe, die letzten Konsequenzen aus der verhängnisvollen Lage zu ziehen. Was darunter verstanden ward, zeigt die Rede, die Dr. Schumacher im Zirkus Krone in München hielt. Seine Ausführungen waren von offensiver Zuspitzung gegen die Besatzungsmächte. Will Dr. Schumacher die wachsende Radikalisierung in Deutschland für die Stärkung der SPD einfangen? Aber wird diese Art Radikalismus, der durch solche Reden neue Nahrung erhält, nicht zu einer Gefahr für den demokratischen Aufbau werden und das Mißtrauen im Ausland gegen Deutschland vergrößern?

Die Zweizonenverschmelzung, durch die die Gefahr der Zerreißung Deutschlands heraufbeschoren wurde, wird als ein Fortschritt angesehen und an Stelle der Forderung nach der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands wird die wirtschaftliche Verschmelzung der Zonen verlangt.

Dr. Schumacher sprach von der Sowjetunion als einem europäischen Staat mit europäischer Kultur, im Gegensatz zu seiner Rede in Hannover, wo er von „östlicher Entartung“ gesprochen hatte.

Die Koalitionspolitik der SPD mit der CSU in Bayern spielte eine große Rolle, und es zeigte sich deutlich, daß zwischen Dr. Schumacher und Dr. Högner grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. In dem Kommuniqué wird angedeutet, daß die Sozialdemokratie ihren einzelnen Landesparteien freie Hand gibt. Die Einheitlichkeit der Politik der SPD kommt darin zum Ausdruck, daß Teile der Partei, wie im Saargebiet, separatistisch sind, in Bayern macht man Koalitionspolitik mit dem reaktionären Flügel der CSU, die offen föderalistisch ist, und andere wieder erklären, daß sie alles vom gesamtdeutschen Gesichtspunkt sehen.

Unserer Meinung nach kann nur eine Politik des gemeinsamen Zusammenarbeitens zwischen Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei zum demokratischen Fortschritt und zum Aufstieg für das deutsche Volk führen.

Sichert Euer volles Mitbestimmungsrecht durch Betriebsvereinbarungen!

Großgrundbesitzer sabotieren die Bodenreform

Das Siedlungsgesetz des Länderrates ist, wie bekannt, ein kümmerlicher Ersatz für eine Bodenreform. Nur ein kleiner Teil des junkerlichen Großgrundbesitzes wird durch dieses Siedlungsgesetz erfaßt. Aber selbst in dieser kümmerlichen Form wird das Gesetz in jeder Weise sabotiert. Die „Neue Zeitung“, das Organ der Amerikaner für die deutsche Bevölkerung, schreibt dazu unter anderem folgendes:

„Ernste Sorgen bereitet die teilweise offensichtlich zutage tretende Abneigung der deutschen Behörden, einen wirklichen Siedlungsplan (lies: Enteignung des Großgrundbesitzes, d. Red.) konsequent auszuführen. . . . Die Länderregierungen scheinen wohl bereit zu sein, als Konzession eine kleine Gartenlandaktion einzuleiten, aber sie scheuen vor einer breiten Siedlungsaktion zurück. (Das heißt, sie sind bereit, dem Kleinbauern Land wegzunehmen, aber sie scheuen sich, den Großgrundbesitzer anzutasten. D. Red.) So wie die Dinge heute liegen, erklärte eine große Siedlergemeinschaft, hat jede kleine und kleinste Verwaltungsbehörde allein die Möglichkeit, durch irgendwelche Widersprüche jedes Siedlungsvorhaben um Monate, ja Jahre zu verzögern.“

Das Siedlungsgesetz sieht auch vor, daß einfache Bauern Land abgeben sollen. Wir sind davon überzeugt, daß man weniger Hemmungen haben wird, wenn es sich darum dreht, den Bauern das Land abzunehmen. Schon hat der Länderrat einen Plan für eine Gartenlandaktion ausgearbeitet, durch die Flüchtlinge Land auf Kosten der Kleinbauern bekommen sollen. Vom Großgrundbesitz ist dabei nicht die Rede. Die Bauern sollen nur später einmal aus dem Großgrundbesitz entschädigt werden. Welche Aussichten für eine solche Entschädigung vor-

handen sind, das zeigen die obigen Ausführungen der „Neuen Zeitung“ am deutlichsten.

Es liegt am Volke selbst, insbesondere auch an den Bauern, Landarbeitern und Neubürgern, durch eine machtvolle Bewegung ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Führt in Stadt und Land Versammlungen durch und fordert von Landtag und Regierung die Durchführung einer wirklichen Bodenreform. Protestiert gegen den beabsichtigten Landraub an den Bauern und verlangt die Enteignung des Großgrundbesitzes.

Bauern fordern Bodenreform

Die Bauern Sandhofens nahmen in einer von der KPD einberufenen Versammlung zur Bodenreform und zu den Nöten der Bauernschaft Stellung. Die Bauern in Sandhofen haben bei der Anlage des Flugplatzes und dem Bau der Reichsautobahn Land abtreten müssen. Sie fordern Entschädigung in Höhe von 80—100 ha aus dem benachbarten Großgrundbesitz. Weiter protestieren die Bauern gegen die Bestimmungen des Siedlungsgesetzes, die eine Landabgabe für Kleinbauern vorsehen. Sie fordern eine wirkliche Bodenreform, d. h. Enteignung des junkerlichen Großgrundbesitzes.

Von einem Vertreter der Bauern wurde die empörende Tatsache mitgeteilt, daß in Sandhofen 25 Zentner Kartoffeln erfroren sind, weil sie nicht abgeholt wurden. Die Kartoffeln waren vom Landwirtschaftsamt beschlagnahmt worden und sind zugrunde gegangen wegen Transport-schwierigkeiten, während in Sandhofen selbst noch viele Verbraucher nicht alle ihre Winterkartoffeln haben.

Unter der Lupe

Mannheim

Großschieber Betzler auf freiem Fuß

Bereits am 14. November 1946 veröffentlichten wir eine Einladung des Konditormeisters Carl Betzler aus Mannheim, in der er eine hochverehrte Prominenz zur Eröffnung seines Cafés mit diversen Mangelwaren (das Gedeck zu 30.— M.) einlud.

Kurz vor Weihnachten fand nun durch die Polizei eine Hausdurchsuchung statt, die ganz erstaunliche Mengen von Kaffee, Milch, Obstkonserven usw. zutage förderte, so daß die Polizei per Auto diese Mangelwaren abtransportieren mußte. Außerdem hatte dieser Schieber von Großformat rund 25 000 Reichsmark Kleingeld gehamstert.

Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Staatsanwaltschaft diesen Saboteur an der Ernährung ihrer Schotz und Riegel setzte was aber die Öffentlichkeit nicht versteht, ist, daß dieselbe Staatsanwaltschaft Betzler gegen Stellung einer Kaution von sage und schreibe 30 000 Mark wieder auf freien Fuß setzt.

Wir verlangen namens der empörten Bevölkerung die sofortige Inhaftierung dieses Schädlings am Volke. Hätte das Gericht auch einen Arbeiter, der in seiner Not sich an Kleinigkeiten vergriff, auf freien Fuß gesetzt? Wie ist es möglich, daß heute noch Groß-Schieber gegen ein Westentaschengeld aus der Haft entlassen werden? Auch hier scheint der Grundsatz, den Kleinen zu hängen und den Großen laufen zu lassen, in voller Blüte zu stehen. Oder sollte hier die bei Betzler verkehrende Prominenz ihren Einfluß zur Freilassung ihres Günstlings eingesetzt haben?

Sonderbelohnung für Pg's bei der Justiz

Ideale Zustände für ehem. Pg's werden uns von der Justizverwaltung bekannt. Da ist z. B. der Justizinspektor Emil Spahr, ehem. Parteigenosse, 1945 aus dem Amt entlassen, wird er still und leise von der Spruchkammer Schwetzingen mit dem horrenden Sühnebetrag von 50.— Reichsmark (nicht 500.—) „entnazifiziert“ steigt treu und bieder wieder in seine Stellung als Leiter verschiedener Posten, in denen er auch ab und zu einige Unterschriften für die Spruchkammer leistet. Hierfür erhält er von dieser Spruchkammer eine monatlich laufende Pauschale von einhundert Reichsmark. Ein wirklich feines Geschäft!

Karlsruhe

Ist dies Aufbau?

Die Stadt Karlsruhe macht viel Aufhebens von den Aufräumarbeiten und den dabei gewonnenen Baumaterialien. Wie steht es aber mit der Herrichtung der weniger beschädigten Wohnungen, die vordringlich in Angriff genommen werden sollten? Man hörte auch etwas von einem Bauprogramm für Ostflüchtlinge.

Tatsache ist, daß kaum Nennenswertes in dieser Hinsicht geleistet wurde und viele Familien müssen sich jetzt im Winter in Kellern, Gartenhäusern und sonstigen ungenügenden Behausungen aufhalten. Es gibt viele Häuser und Wohnungen, die mit gerin-

gen Mitteln herzurichten wären. Ein weiterer Winter aber wird die Schäden so vergrößern, daß zum Teil wohl nicht mehr zu behebbende Dauerschäden entstehen. Benötigt jemand eine geringe Menge Ziegel, Zement, Gips usw., dann bekommt er, sofern der ganze bürokratische Apparat des Hochbauamtes durchlaufen und eine Gebühr von RM 4.— bezahlt ist, mit seiner Kennnummer den Bescheid, daß er vielleicht in zwei Jahren mit Zuteilung rechnen könne. Ein netter Trost für jemand, der mit fünf Sack Gips eine Wohnung bezugsfertig machen kann, wenn er sehen muß, daß im selben Moment dem Kaffee Museum 250 Sack zugewiesen werden.

Wir stellen fest, daß in Karlsruhe in großzügigster Weise außer Kirchen nur Kinos, Kaffees, Geschäftshäuser und, wohl wegen der vorhandenen Kalorien, bei Metzgern und Bäckern wieder aufgebaut wird. Auch Villen und sonstige „bessere Häuser“ werden vollständig neu aufgebaut, während man für Kleinreparaturen kein Material hat. Ein Stein des Anstoßes bei der Bevölkerung ist auch der Sportplatz des KFV. Der Verbrauch an Zement für den Ausbau der Zuschauerterrassen ist ganz enorm!

Wer ist für diese Baugenehmigungen und Baustoffzuteilungen verantwortlich? Vielleicht gibt Herr Bürgermeister Heurich, dem ja das Bau- und Wohnungswesen untersteht, hierüber Auskunft.

Wir Kommunisten aber fordern, daß endlich planmäßig an die Reparatur der Wohnhäuser gegangen wird. Es darf nicht mehr von den Beziehungen und der Kompensationsfähigkeit des Besitzers abhängen, ob ein Bauvorhaben durchgeführt werden kann.

Internierungslager oder Sanatorium?

Kurz vor Weihnachten erscheint im Landesernährungsamt Karlsruhe in Begleitung eines Wachmanns ein Zivilist in der Abteilung Weinbewirtschaftung. Er komme vom Internierungslager in der Grenadierkasernen, wo meist Kranke sind und „wollen dort eine Weihnachtsfeier veranstalten, zu der wir etwas Wein benötigen.“ Der betreffende Sachbearbeiter hat ihm das abgelehnt.

Das Sonderbare an der ganzen Angelegenheit ist, daß es heute noch Naziaktivisten möglich ist, unter dem Schutze ihrer Bewachung mit den öffentlichen Aemtern Fühlung zu nehmen. Es wäre einmal interessant, welcher Gestesrichtung der Verantwortliche des Internierungslagers entstammt, vielleicht fände man darin die Erklärung für solch nazifreundliches Entgegenkommen.

Jedenfalls ist uns aus den KZ.-Lagern des dritten Reiches nicht bekannt, daß die Kommandoführer oder Lagerleiter sich mit Handgedruck bei den Gefangenen verabschiedet oder sie begrüßt haben, wie das anlässlich der Weihnachtsurlaube in Karlsruhe geschehen ist.

Lauda

Die CDU benannte im Frühjahr 1946 für die Gemeinderatswahl unter ihren acht Kandidaten an 4. Stelle den ehemaligen NS-Ortsbauernführer und Nutznießer des Naziregimes,

Hugo Vierneisel.

Gemäß der damaligen Verfügung, daß alle ehemaligen Ortsbauernführer als Hoheitsträger der NSDAP anzusehen und vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, erhob der stz. Vorsitzende der SPD in Lauda nebst dem FDGB Einspruch gegen den Wahlvorschlag Vierneisel, der auch von dem Bürgermeister als örtlichem Wahlleiter anerkannt wurde.

Die Wahl ergab von 8 zu vergebenden Sitzen für die CDU 7 und für die SPD 1 Mandat.

Anscheinend fühlte sich die „christliche“ CDU daraufhin so mächtig, daß sie die Wahlbestimmungen und Gesetze glatt ignorierte: Der Nazinutznießer und „Hoheitsträger“ Hugo Vierneisel bläht sich trotzdem als „demokratischer“ Gemeinderat auf seinem Sessel in Lauda auf.

Wann wollen die zuständigen deutschen Stellen dieser CDU-Wirtschaft endlich ihre Aufmerksamkeit schenken? Müssen sie erst von der Militärregierung dahin belehrt werden, daß Gesetze zum Wohl einer friedlichen und sauberen Entwicklung des deutschen staatlichen Lebens gemacht, beachtet und auch befolgt werden? H. P.

Tauberbischofsheim

Anfang Dezember 1946 wurden vom Amtsgericht Tauberbischofsheim mehrere Angestellte des Ernährungsamtes wegen Diebstahls von Lebensmittelkarten verurteilt. Das Gericht mußte in einigen Punkten der Anklage das Verfahren einstellen, weil die vorgesetzte Behörde keinen Strafantrag gestellt hatte(!). Trotz achtstündiger Verhandlung konnte das Gericht die Vorgänge nicht restlos aufklären, da durch die auf dem Wirtschaftsamt herrschenden Zustände die Straftaten sehr erleichtert wurden.

Wie in fast allen Fällen, zeigt sich auch hier wieder, daß nicht nur das Wirtschaftsamt, sondern auch das vorgesetzte Landratsamt sowie die Landkreiselbstverwaltung von dem Zuge der neuen Zeit noch nichts verspürt haben, denn überall sitzen noch die alten Kräfte, die dem Dritten Reich treueste Gefolgschaft leisteten. Wir fordern auch hier Reorganisation des gesamten Beamtenapparates durch Kräfte der politisch Verfolgten und bewährte Antifaschisten. E. S.

Heidelberg

„Schwarze Kanäle in Heidelberg“

Zufolge der sich in Heidelberg im Umlauf befindlichen Gerüchte, stellt die Kommunistische Partei Deutschlands, Kreisleitung Heidelberg, folgende öffentliche Anfrage:

1. Stimmt es, daß der Kohlenhändler Isen-gard in Heidelberg wegen Verschlebung einiger 1000 Ztr. Kohlen verhaftet wurde?
2. Stimmt es, daß mehr als 150 prominente Personen an der Schieberaffäre beteiligt sind?
3. Stimmt es, daß der Flüchtlingsreferent Dr. Stebler in Heidelberg allein mehr als 100 Ztr. Kohlen oder Briketts davon erhalten hat und daß noch weitere maßgebende Persönlichkeiten daran beteiligt sind?
4. Wenn ja, warum wird dieser skandalöse Zustand nicht der Heidelberger Bevölkerung zur Kenntnis gebracht?
5. Was gedenkt man dagegen zu tun?

Die Kommunistische Partei Deutschlands des Kreises Heidelberg verlangt im Interesse der an Brennstoff notleidenden Bevölkerung Heidelbergs Aufklärung. Falls zutreffend, heraus mit den Adressen der Volksverbrecher.

Mergentheim

Auch ein Weihnachtsgeschenk

Bei der Kinderweihnachtsfeier der hiesigen ev. Kirche unter Vorsitz des Stadtpfarrers Weitbrecht bekamen die Kinder als Geschenk alte bunte Bilderbogen aus dem 3. Reich, die seinerzeit zu Propagandazwecken in großer Anzahl hergestellt worden sind. Diese Bogen, auf denen eine Landkarte „Großdeutschlands“ gedruckt ist, und die einen Wert von vielleicht 1 Pfg. darstellen, zeigen in der Mitte dick unterstrichen Nürnberg, die Stadt der Reichsparteitage mit 3 Hakenkreuzfahnen und daraus marschierende braune Kolonnen.

Daß dieser gleiche Pfarrer vor der Wahl die Eltern der Kinder durch diese Kleinen benachrichtigen ließ, sie möchten ja nicht die KPD wählen, sei nur der Komik halber erwähnt.

Wir bitten unsere Leser

um Zuschriften
Ratschläge
Kritik
Berichte
Meinungen
Mitarbeit!

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10. Tel. Nr. 43266. Auflage: 50 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.